

Postische Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sports-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross-Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreliste S. 229), für Gross Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebeneinander aufgeführten Filialen. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1365, 1543, 7462, 7990. für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Basuspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausser Bestelgebühren. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellensuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und 'Für Reise und Wanderung' 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamerstr. 134, W. 50. Tauentzienstr. 7, W. 62. Luthenstr. 21, S. 14. Neue Kolstr. 18, O. 27. Holzmarktstr. 134.

Im Verlage Vossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Einzelstells) Hermann Bachmann in Berlin.

Die Lärmmacher.

Die Regierung hat die Lärmmacher und Kriegsschreier mit einem kalten Wasserstrahl bedacht; das ist gut. Und wenn sie es nicht gethan abend, sondern vorgefrüh früh getan hätte, es wäre noch besser gewesen. Dann hätte sie viele Personen vor schmerzlichen Verlusten und das Reich vor einem Rückschlag seiner Anleihen bewahrt, der im Inland einen peinlichen Eindruck machen und im Ausland die Meinung nähren konnte, daß Deutschland allen Kredit verloren habe und finanziell am Anfang von Ende stehe. Weßhalb hat der Reichstagler oder hat das auswärtige Amt nicht sofort, als die wüste Gekrönte über den Sibirienfriede, jede Beziehung zu dieser Bestimmung eines unvernünftigen Staatskünstlers abgelehnt? Die Beziehungen zu mannißhaften Artikeln, die sonst an verstellten Stellen gefunden haben, hätten eine solche Erklärung gerechtfertigt und erfordert. Aber freilich, so schnell arbeitet unsere Diplomatie nicht. Hoffentlich ist sie von dieser Grundlosigkeit, will sagen Langsamkeit nur, wo sie es mit dem deutschen Kapital und dem deutschen Anleihen zu tun hat. Da scheint es ihr auf 36 Stunden nicht ankommen. Und hoffentlich warten auch, wenn einmal der Krieg ausgebrochen wäre, deutsche Seefahrer nicht 36 Stunden, bis sie Maßregeln des Feindes mit Gegenmaßregeln beantworten. Sonst könnte mehr verloren gehen als an einem schwarzen Börsentage.

Es ist nicht nur, das ihr kommt. Die Regierung hat gesprochen, und die überhöhten Köpfe wird die Douché etwas abschlefen. Auf wie lange, das wird die Zukunft lehren. Fast hätte man meinen sollen, und Laufende haben es gemeint, die Stunde habe geschlagen oder werde alsbald schlagen, wo wir mit den Franzosen die Klänge kriegen. Das ist heute ein Scherz von vorgefrüh. Aber vorgefrüh mußte man nicht sicher, daß es ein Scherz, ein schlechter Scherz war. Wer sich freilich die Ruhe bewahrt, auf die Gefahr hin, als vaterländischer Geselle gebrandmarkt zu werden, fragte sich nicht, was eigentlich geschehen ist, um den männerwunden Krieg in Sicht zu bringen. Daß der Chauvinismus in Frankreich gewachsen ist, konnte man mit Behagen zugeben; daß die Republik ihr freies Heer verliert, ist eine Unhaltbarkeit. Aber das war so ziemlich alles. Die Dinge haben sich schlimmer gehalten, und es ist gleichwohl Friede geschlossen. Wie waren nicht die Gemüter erregt, als alle Welt von Sibirien und Melit sprach und General Boulanger, der miles gloriosus, auf seinen glänzenden Rappen, von Spahis in weißen, wallenden Mänteln geleitet, durch die Straßen von Paris ritt und Jung und Alt, Männlein und Weiblein begrüßte! Und Déroulède und die Patriotenliga und der Volksgänger Paulus und andere Bänkelsänger schürten den Radebrut, und an dem besetzten Straßburg-Standbild auf dem Grottenplatz wurde ein feinerer Stranz nach dem andern niedergelagt, — danach ist ein Weltjahrsfrieden geblieben. Weßhalb sollte es jetzt mit einem Mal anders, sollte es sicher und unabweislich und unüberwindlich sein, daß wir mit Frankreich die Klänge kriegen, nämlich nicht nach abend, sondern einem Weltjahrsfrieden, sondern in absehbarer, in ganz naher Zeit?

Die Antwort auf diese Frage kann sehr ernst, nur war sie für den Zuschauer, der sich einiges Augenmaß erhalten hat, nicht weiter schütternd, sondern wieder schütternd. Der Mann, der schuld, drei Mitarbeiter des 'Matin', deren Namen mächtig kund und zu wissen getan wurden. Diese drei bösen Buben heßten gegen Deutschland, und adieweil diese drei bösen Buben die öffentliche Meinung in Frankreich machten, und jenseits der Bogen die öffentliche Meinung, nicht aber die Regierung regiert, also war der politische Weisheit letzter Schluss, daß wir mit der Republik die Klänge kriegen müssen. Also hätten wir eigentlich mit drei Schriftstellern oder um der Missetaten dreier Schriftsteller willen Krieg, einen Krieg, der hunderttausende Menschenleben, ungezählte Milliarden Vermögens vernichtet kann. In der That, wäre die Sache nicht furchtbar ernst, man könnte lachen. Indessen der Volksgänger hat halber sei nachgetragen, daß es der 'Matin' nicht allein gewesen sein soll, sondern auch das 'Echo de Paris', und daß nicht bloß die drei bösen Buben Frankreich regieren, sondern auch die Generale, 'Bramarbas' und 'Archiprät'. Die fünf das Direktorium der dritten Republik.

Nun aber die Rehe! Wenn man aus den Kundgebungen einiger Aufgelegten, seien es Berufschriftsteller, seien es bramarbasere Generalis a. D., Schlüsse auf die Absichten einer Regierung, auf die Pläne eines Staates ziehen dürfte, was sollte man denn von Deutschland denken? Es gibt deutsche Blätter, die an überknappem Behauptungs hinter dem 'Matin' und dem 'Echo de Paris' nicht zurückbleiben und in der Schamfächerweise Reden schlagen, und es gibt Offiziere genug im Ruhestande, die es als Verbrechen an Vaterland ansehn, Ruhe zu halten und nicht Tag für Tag himmelstreichende Gefahren an die Wand zu malen und die Regierung, wie viel sie auch fordert, immer noch ebenbürtiger Schwäche zu beschuldigen, und wie sich der Reichstagler bei andern Anlässen ausdrückt, 'das Scherz im Munde zu führen'. Sicherlich, und auf die Bramarbas und Archiprät hat Frankreich kein Monopol. Haben gibt es deren so gut zu drücken, und sie sind haben sogar von besonderer Unzulässigkeit und 'Schönheitsgefühl', wenn andere Generale Liebertrüben zurückerufen und zu Besonnenheit mahnen.

Da ist es nützlich, heilfam und zeitgemäß, daß die Regierung endlich dem forschenden Kritiker entgegentritt. Sie erklärt, und mit alarmierenden Äußerungen gemein zu haben; sie verkündet, daß sich die auswärtige Lage nicht verschlechtert, sondern verbessert habe; die Darstellung, daß der eine oder der andere Nachbar zum Kriege dränge, weist sie 'auf das entscheidende' zurück. Die Kriegstreiber werden entbehrten jeder Grundlage. Natürlich macht sie auch gegen die maßlose Exzesse Front, die einzelne französische Blätter führen. Aber wenn das geschehen muß, soll es geschehen, 'tatsächlich und ohne Stimmungsäußerungen, die im Inland und im Ausland Mißverständnisse hervorzurufen und die auf Bewahrung des Friedens unter den Großmächten gerichtete Haltung unterer Politik verunsichern'. Damit wird jeder unbefangene Beurteiler einverstanden sein. Die Erklärungen klingen ebenso, daß die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik nicht hinter den deutschen Lärmmachern stehen, wie die jüngste Rede des französischen Kriegsministers bewies, daß die Regierung der Republik nicht hinter den Gekrönten von 'Matin' und 'Echo de Paris' und hinter den Generalen Bramarbas und Archiprät steht. Es wird gut sein, wenn man sich allermächtig des Wortes erinnert: 'Blinder Esier schadet nur.' Und ebenso gut, wenn das große Publikum bei einer Wiederholung des Zwischenfalls von vorgefrüh eingedacht ist, daß in 36 Stunden ein neuer Wasserstrahl von oben kommen kann, und wenn es sich daher nicht zu seinem Schaden, verkräften läßt.

Zur Lage

veröffentlicht gleichzeitig mit der 'Nordd. Allg. Ztg.' auch die 'Neue politische Korrespondenz' einen Artikel, der eingehend ebenfalls von der Regierung herabsetzt. Es heißt unter anderem, daß die alarmierenden Äußerungen über Frankreich als Eirenefried nicht amtlichen Ursprungs, sondern Privatarbeit seien, und fährt fort:

Wir sollten doch lieber an unser bisherigen Gepflogenheit festhalten, derartige Redemondanten den aufgeregten Franzosen zu überlassen, und an unserer kühlen Reserve festhalten. Wenn hier aus hart kommt, sind wir bereit; das weiß jeder; vorher waren wir schon mit uns überflüssig und erleichtert nur unsern Feinden das Verarbeiten der unwahren Behauptung, daß wir die Friedensfürsprecher seien...

Daß Frankreich feierlicher es für nötig hält, zu einer Verklärung seiner Verhältnisse zu schreiben, können wir ihm getrost überlassen, und daß es dabei zur dreifährigen Dienstzeit greift, ist eine innere Angelegenheit, die wir gleichfalls mit Gelehrsamkeit anheben können, zumal sie den lebhaftesten Charakter des Franzosen, der immer nur für schnelle und eilige Resultate ist, auf die Dauer außerordentlich lästig werden dürfte.

Gerade im gegenwärtigen Moment mit Kriegsrufen zu kommen, ist nicht nur deplaziert, sondern auch der Situation wenig entsprechend, die drei erzkühnen treibende Mächte benachteiligt, die teilweise Entlassung von Referaten bei Österreich und Ungarn, das gemeinschaftliche Verordnen Rumänien und Bulgariens vor die Völkervertrag Konferenz und die laudablen und erhellenden öffentlichen Erklärungen hervorgerufen englischer Staatsmänner.

Natürlich wird es noch einigermaßen Weile ruhiger und sorgloser Arbeit der europäischen Diplomatie bedürfen, ehe der Balkanfrieden tatsächlich eintritt, und bedenklich sollte gerade die deutsche Presse sich bemühen, diese schwierige Arbeit nicht durch unnützen Alarm zu führen.

Der Schiedsspruch für das deutsche Baugewerbe.

Die im Reichstagsgebäude zwischen den Vertragsparteien des deutschen Baugewerbes geführten Vertragsverhandlungen haben gestern abend ihren vorläufigen Abschluß dadurch gefunden, daß die drei Unparteiischen gemäß der am Dienstag getroffenen Vereinbarung ein von ihnen ausgearbeitetes Vertragsmuster den Parteien zur Genehmigung unterbreitet haben, das über die grundsätzlichen Streitfragen nach Art eines Schiedsspruchs eine Einigung herbeiführt, die Festsetzung der Höhe aber den übrigen Verhandlungen überläßt.

Das Vertragsmuster ist im allgemeinen aus dem alten Vertrag aufgebaut. Ueber die Arbeitszeit wird bestimmt, daß in einigen Orten, wo noch die sechsstündige tägliche Arbeitszeit besteht, eine allmähliche Verkürzung eintreten soll. Die Arbeit soll zulässig sein, sie darf aber nicht, wo sie bisher nicht bestand, nicht gegen den Willen einer Partei eingeführt werden. Das Arbeitsverbot besteht, wie es durch einen besonderen Arbeitsvertrag geregelt werden. Die Beizuarbeiter sollen unter den Vertragsbedingungen sein, haben die Unparteiischen keine Zustimmung, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sind, falls nicht zu einer Erhöhung des festgesetzten Lohnes berechtigt. Die von den Arbeitgebern gewünschte Zustimmung, daß die am Vertrag beteiligten Verbände einen Garantiefonds von je 50 000 M. bei den Deutschen Bauhinterlegungen sollen, haben die Unparteiischen nicht angenommen.

Zu dem Vertragsmuster gehen die Unparteiischen eine Erklärung ab, in der sie ausführen, die Vorschläge seien eine Kompromiß, das einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Gesamtansprüche herbeiführen solle. Deshalb dürfen auch nicht einzelne Punkte herausgenommen werden, ohne das Ganze zu gefährden. Der alte Vertrag sei als Grundlage benutzt worden, weil er sich im wesentlichen bewährt habe. Die Vorschläge sollen vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung die Grundzüge bilden, auf der die übrigen und Begleitverhandlungen stattfinden können.

Nach kurzer Sonderberatung der Parteien erklärten sich die Arbeitnehmervertreter bereit, auf der Grundlage des Vertragsmusters die übrigen und Begleitverhandlungen zu führen. Die Arbeitgeber erklärten, sie bedürften dazu erst der Zustimmung ihres Gesamtverbandes, würden diesem aber das Vertragsmuster empfehlen. Wenn die Arbeitgeber zustimmen, so sollen die übrigen und Begleitverhandlungen am 19. April beendet sein. Bis dahin läuft der alte Vertrag stillschweigend weiter.

Zu der russisch-österreichischen Verständigung.

Wien, 12. März. Eine amtliche Kundmachung besagt:

Die 'Peterson. Tel.-Ag.' veröffentlicht im Anschluß an das gestern zur Ausgabe gelangte, zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué einen ergänzenden Passus. Die Aufnahme dieses, in der bezüglichen Vereinbarung der beiden Kabinete nicht einbezogenen Passus in den im Einvernehmen publizierten Text der Communiqués wurde vonseiten Österreich-Ungarns schon aus dem Grunde für unnötig befunden, weil unsere politische Haltung gegenüber unseren südlichen Nachbarn sich nicht erst aus dem bei dem gegenwärtigen Anlaß erfolgten Entschieden ergab. Es braucht in dieser Richtung nur darauf hingewiesen zu werden, daß Graf Berchtold schon am 5. November d. J. vor dem kompetenten Forum der Delegationen die Erklärung abgegeben, daß die Monarchie bereit sei, die Grundlage zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen mit den Balkanstaaten zu schaffen.

Wien, 12. März. (Eigener Drahtbericht unjeres Korrespondenten.) Der Zusatz, den die 'Peterson. Tel.-Ag.' im Anschlüsse an das gestern Österreich-Ungarns und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué veröffentlicht, hat in hiesigen unterrichteten Kreisen sehr überrascht, denn jener Zusatz ist zwischen den beiden Regierungen nicht vereinbart worden. Die österreichisch-ungarische Regierung hätte ihre Zustimmung zu dem Zusatz nicht gegeben. Wenn dieser Zusatz ohne Wissen Österreich-Ungarns durch die 'Peterson. Tel.-Ag.' veröffentlicht worden ist, so erweist diese diplomatische Entgleisung den Anschein, als habe man sich in Petersburg nachträglich aus Rücksicht auf die starke panslawistische Strömung und aus Gründen, die nur in der Prestigepolitik gefunden werden können, dazu entschlossen. Den Absichten der beiden Monarchien entsprechend, hat die gegenseitige Demobilisierung an der russisch-österreichischen Grenze den politischen Zweck verfolgt, einen Beweis gegenseitigen Vertrauens zu geben. Die langwierigen diplomatischen Verhandlungen haben ein Ergebnis erzielt, das als zweckentsprechend bezeichnet werden muß. Es ist daher nicht zu bezagen, daß durch das Verfahren der 'Peterson. Tel.-Ag.' die bisherigen Ergebnisse beeinträchtigt werden.

Eine entgegenkommende Antwort der Balkanstaaten?

Belgrad, 12. März. Am Nachmittag wird den Vertretern der Großmächte die Antwort auf das Vermittlungsangebot der Türkei überreicht werden.

Sofia, 12. März. (Eigener Drahtbericht unjeres Korrespondenten.) Die Antwort der Balkanverbündeten, die heute überreicht werden soll, wird ausdrücklich ankündigen, daß die bereits formulierten Forderungen als Grundlage der Friedensverhandlungen dienen sollen. Da es sich nicht um unabänderliche Forderungen handelt, ist anzunehmen, daß die Großmächte daran innerlich eine Vermittlung antizipieren könnten, die Friedensverhandlungen vorwärtskommen können. Unter Umständen könnten, wenn die Großmächte nicht viel Zeit verlieren, die Friedenspräliminarien innerhalb weniger Tage festgelegt werden. (Die beiden Doppelchen waren nur in einem Teil unserer gestrigen Wiederausgabe enthalten. Red.)

London, 12. März. Der türkische Botschafter und Galtli Pascha sprachen heute nachmittag 1 Uhr 30 Min. im Auswärtigen Amt vor. Sir Edward Grey begab sich nach Schluß der Kabinetssitzung dorthin.

Sofia, 12. März. Die Gerichte, nach denen Sobranjepräsident Danew in Dimitroff mit zwei hiesigen Delegierten direkte Friedensverhandlungen pflegen sollte, werden an maßgebender Stelle in Abrede gestellt. Danew besuchte lediglich seine in Kistivitz wohnende Familie und begibt sich demnach nach Petersburg, um den rumänisch-bulgarischen Verhandlungen beizuwohnen.